

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 3. Juli 2017 · Nr. 151 · 238. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50 · € 5.50



HENRI CARTIER-BRESSON / MAGNUM

Die Antike von fern betrachtet

Ein Griechenland, in dem keine Götter mehr walten – diese Realität (im Bild die Kultstätte von Eleusis) erschien Martin Heidegger weniger spannend als der Mythos. Eine Kreuzfahrt in der Ägäis verbrachte der Philosoph weitgehend in der Kabine, mit der Deutung des antiken Wahrheitsbegriffs. Auch andere berühmte Griechenland-Reisende ergingen sich lieber in intellektuellen Höhenflügen. *Feuilleton, Seite 27*

EU und Japan verteidigen Freihandel

Grundsatzvereinbarung soll vor G-20-Gipfel erzielt werden – als Signal gegen Protektionismus

pwe. Tokio · Die Europäische Union und Japan stehen kurz vor der Einigung auf ein umfassendes Freihandelsabkommen. «Wir sind fast da», sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström nach zweitägigen Verhandlungen in Tokio. Sie sei sehr zuversichtlich, dass die EU und Japan sich auf das Paket einigen könnten. Die japanische Seite äusserte sich etwas vorsichtiger. Aussenminister Fumio Kishida sprach von bedeutenden Fortschritten, doch blieben wichtige Punkte offen. Er erklärte seine Bereitschaft, in den kommenden Tagen nach Brüssel zu reisen, um das Abkommen unter Dach und Fach zu bringen.

Japan und die EU verhandeln seit 2013 über ein Freihandelsabkommen. In die Gespräche ist in den vergangenen Monaten Bewegung gekommen, nachdem die USA unter Präsident Donald Trump eher protektionistische Tendenzen gezeigt hatten. Für Japan war es ein harter Schlag, als die USA Anfang des

Jahres aus der fertig ausgehandelten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ausstiegen. Derweil liegen die Gespräche um ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA auf Eis.

Im Gegenzug ist das Interesse in Europa und in Japan an dem Freihandelsabkommen zwischen diesen beiden Seiten gewachsen. Brüssel und Tokio streben eine Einigung auf das Rahmenabkommen bis zum EU-Japan-Gipfeltreffen am 6. Juli in Brüssel an, um einen Anstoss für das folgende G-20-Gipfeltreffen in Hamburg zu geben. Sollte die politische Grundsatzvereinbarung vor dem G-20-Treffen zustande kommen, dürfte das Abkommen im Detail in einigen Monaten fertig sein. Manche Punkte sollen erst nach einer Sommerpause zu Ende verhandelt werden.

Die umstrittensten Teile des umfassenden Freihandelsabkommens betreffen die Landwirtschaft und die Auto-

branche; Malmström sprach in diesen Bereichen von «grossen Fortschritten». Japan wünscht eine weitere Öffnung des europäischen Markts für Autos und Autoteile. Bis jetzt erhebt die Europäische Union darauf einen Einfuhrzoll von 10 Prozent. Im Gegenzug fordert die EU, dass Japan die Zölle auf landwirtschaftlichen Produkten streicht. Die Regierung in Tokio sträubt sich vor allem bei den Milchprodukten.

Das angestrebte Abkommen werde fast alle Zölle senken oder eliminieren, sagte Malmström. Die EU rechnet mit einer Verdreifachung der landwirtschaftlichen Exporte nach Japan. Die gesamte Ausfuhr nach Japan dürfte um rund ein Drittel steigen. Mit einem gesamten Handelsvolumen von 125 Milliarden Euro im Jahr ist Japan der sechswichtigste Handelspartner der EU. Aus japanischer Sicht rangiert die EU nach China und den USA auf Rang drei der Exportrangliste.

Anti-Terror-Truppe im Sahel lanciert

Macron sagt französische Militärhilfe zu

Eine afrikanische Eingreiftruppe gegen Jihadisten haben die fünf Sahelländer an ihrem Gipfel beschlossen. Macron bekräftigte die besondere Rolle Frankreichs in der Region.

DAVID SIGNER, DAKAR

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in Bamako versprochen, die im Militärbündnis G-5 Sahel zusammengeschlossenen Staaten (Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Tschad) im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Das 2014 gegründete Bündnis hat am Sonntag grünes Licht für die Schaffung einer 5000 Mann starken Eingreiftruppe gegeben. Diese Soldaten sollen sich ebenso grenzüberschreitend bewegen und vernetzen wie die militanten Islamisten, die sie bekämpfen.

Die grosse Geldfrage

Unklar ist die Frage der Finanzierung. Am Gipfel in Bamako war von einem Kapitalbedarf von insgesamt 423 Millionen Euro die Rede. Die fünf Sahelstaaten sind bereit, je 10 Millionen Euro beizusteuern. Die EU hat 50 Millionen Euro Starthilfe zugesagt. Frankreich ist im Kampf gegen den Jihadismus in der Region bereits mit der 4000 Soldaten umfassenden Truppe Barkhane engagiert. Paris hofft nun, dass auch Deutschland, Belgien und die Niederlande Kosten übernehmen. Die Bundeswehr ist schon mit 800 Soldaten an der Uno-Friedensmission zur Stabilisierung Malis (Minusma) beteiligt. Weiter zählt das Elysée auf Unterstützung der USA, die eine Drohnen-Basis in Niger unterhalten. Paris und den G-5 geht es darum, den Jihadismus nicht erst in Europa, sondern schon im Sahel zu bekämpfen, wo diverse Terrorgruppen ihre Wurzeln haben.

Macron hat die betroffenen Staaten ermahnt, im Gegenzug für Finanzhilfe die Wirksamkeit ihres Anti-Terror-Kampfes unter Beweis zu stellen – unter Berücksichtigung des humanitären Völkerrechts. Die Armeen diverser afrikanischer Staaten geraten immer wieder in die Kritik, weil unter ihrem Vorgehen häufig auch Zivilisten zu leiden haben. Die Brutalität der Soldaten treibt die Bevölkerung oft erst recht in die Arme der Islamisten.

Die finanzielle Frage hat grosses Gewicht, da die G-5-Staaten, mit Ausnahme Mauretaniens, zu den 15 ärmsten Ländern der Welt gehören. Idriss Déby, der Präsident von Tschad, einem militärischen Schwergewicht der Region, hat bereits angekündigt, sein Land werde sich wegen Geldnöten aus dem Militärbündnis zurückziehen. Tschad ist bereits Mitglied der Minusma und des multinationalen Militärbündnisses gegen die nigerianische Terrorgruppe Boko Haram.

In Mali herrscht seit November 2015 fast ununterbrochen Ausnahmezustand. Damals kamen bei einer Attacke auf das Radisson-Blu-Hotel in Bamako zwanzig Personen ums Leben. Und vor zwei Wochen forderte ein Angriff auf ein Ferienresort unweit der Hauptstadt fünf Menschenleben. Die dünnbesiedelte, unwegsame und kaum gesicherte Sahelzone ist ein ideales Rückzugsgebiet für jihadistische Gruppen, von denen einige mit al-Kaida verbunden sind. Die Fläche der Staatengruppe umfasst über 5 Millionen Quadratkilometer.

Just am Vorabend von Macrons Besuch veröffentlichten Jihadisten ein Video, in dem sechs ausländische Geiseln vorgeführt werden. Unter ihnen befand sich auch die Schweizer Missionarin, die im Januar letzten Jahres in Timbuktu von der Gruppe al-Qaïda au Maghreb islamique entführt worden war. Islamisten hatten die Baslerin bereits 2012 einmal gekidnappt und freigelassen. Trotz Warnungen kehrte sie nach Timbuktu im Norden Malis zurück.

Paris zurück auf der Bühne

Am G-5-Sahel-Gipfel zeigte sich Macrons Entschlossenheit, die aktive Afrikapolitik seines Vorgängers François Hollande weiterzuführen. Schon kurz nach Amtsantritt hatte er Mali besucht, das Land, das Hollande 2013 mit einer Militärintervention davor bewahrt hatte, in die Hände vorrückender Jihadisten zu fallen. Noch vor zehn Jahren sah es so aus, als ob Frankreich an Bedeutung in Afrika verliere. Die Chinesen, ohne koloniale Vergangenheit, wurden unbelasteter aufgenommen. Nun ist Paris auf der Bühne zurück. Dabei hat sich der französische Tonfall geändert, von Paternalismus zu Partnerschaftlichkeit. Offiziell ist die G-5 zwar eine afrikanische Sache, aber im Hintergrund spielt Frankreich eine tragende Rolle – ohne sich dem Vorwurf des Neokolonialismus auszusetzen.



PILS STATT HOPFENPERLE
Die Entpolitisierung des Biermarkts fordert ein Schwyzer Brauer vom Bundesrat SEITE 9

ISLAMISCHER STAAT
Der Fall von Mosul dürfte das Ende des Kalifats besiegeln SEITE 3

SCHWEIZER SCHERGE
Ein Zürcher Sadist folterte und mordete in einem KZ SEITE 11

ZÜRCHER VERKEHRSKNOTEN
Gleisarbeiten verwandeln das Central in ein Sperrgebiet SEITE 13

NZZ **Folio**

Ist Marihuana marktreif?
Kiffen ist heute in vielen Ländern legal. Das NZZ-Folio vom Juli über eine Droge, die unseren Alltag erobert.

KRÜGERRAND
Die berühmteste Goldmünze der Welt wird 50 SEITE 20

FINANZMARKT
Wann ist das Potenzial von Aktien endgültig ausgereizt? SEITE 24, 25

TOUR DE FRANCE
Der Thurgauer Stefan Küng ist im Zeitfahren Weltspitze SEITE 35

WETTER
Am Vormittag mehrheitlich bewölkt, entlang der zentralen Voralpen noch einzelne Schauer. Im Tagesverlauf zunehmend sonnig. SEITE 17

14°/23°

TV/Radio 31, Traueranzeigen 12
Sportresultate 32, Kino 10

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 7



Ein Schweizer folterte und mordete im Dienste der Nazis – und wurde nur durch einen Zufall verurteilt. **SEITE 11**

Engste Stelle der Neat-Strecke: Nach siebenjähriger Renovierung ist der Rigi-Bahnhof wieder offen. **SEITE 11**

Einsatz für ein Pils nach Schweizer Art

Die Bierkultur untersteht starren Regeln – nun soll sich der Bundesrat mit der Entpolitisierung des Marktes befassen

Seit Jahren kämpft ein Schwyzer Bierbrauer für die Abschaffung eines für die Branche lästigen Verbotes in einem Staatsvertrag mit Tschechien. Die Klausel stammt aus der Zeit, als der Schweizer Biermarkt bis in alle Details durchreguliert war.

DANIEL GERNY

Bier ist neben einem Genuss an heissen Sommertagen mitunter harte Politik. Demnächst muss sich der Bundesrat um die Biervielfalt in der Schweiz kümmern: Ein in den Hitzetagen im Juni eingereicherter Vorstoss des Bierbrauers und Nationalrats Alois Gmür (cvp., Schwyz) verlangt, dass auch in der Schweiz gebrautes Bier unter dem Namen Pils verkauft werden darf. Ein Staatsvertrag mit dem heutigen Tschechien aus den 1970er Jahren zwingt Schweizer Brauer nämlich dazu, sich für das Bier mit dem typischen Hopfenaroma alternative Namen wie «Hopfenperle» auszudenken. Nur in Tschechien hergestelltes Bier darf unter der Bezeichnung Pils verkauft werden. Das stört die Branche, denn es schafft Nachteile bei der Vermarktung.

Fast 800 aktive Brauereien

Der Vorstoss steht für die Entpolitisierung des Schweizer Biermarktes, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit einer wachsenden Biervielfalt einherging. Längst ist die Zeit vorbei, als eine gewöhnliche Stange in der Beiz bereits das höchste der Gefühle war. Jedes Jahr werden in der Schweiz Dutzende von steuerpflichtigen Brauereien gegründet, welche die wachsende Gemeinde von Biergourmets mit Spezialitäten versorgen. Steuerpflichtig sind Hersteller, die über einen Jahresausstoss von mehr als 400 Litern verfügen. 322 Brauereien verzeichnete das Eidgenössische Finanzdepartement im Jahr 2010. Heute zählt die Liste bereits über 1000 Brauereien – von Feldschlösschen (Registernummer 1) bis zur erst in diesem Sommer gegrün-



Wenn es nach CVP-Nationalrat Alois Gmür geht, gibt es am Stammtisch in Zukunft auch Schweizer Pils.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

deten Kleinstbrauerei Schochi-Bräu aus dem thurgauischen Schocherswil (Registernummer 1034). Beinahe 800 aller je erfassten Produzenten sind immer noch aktiv im Brauereigeschäft tätig.

Dabei herrschte während Jahrzehnten trostlose Monotonie im Bierland Schweiz. Die Stange war landesweit genormt, wie alles andere, was unter der Bezeichnung Bier in der Wirtschaft und über den Ladentisch gereicht wurde. Ein scharfes Kartell regelte ab 1935 Absatz, Preise, Qualität, Rezeptur und Angebotspalette der Produkte, für die im ganzen Land kollektiv und einheitlich erworben wurde. Selbst für Etiketten, Harassen und Flaschen existierte ein Dickicht an Vorschriften und Verboten. Wirte durften ihre Biermar-

ket nicht frei wählen, was lange niemanden störte, weil ein Gurten ohnehin fast gleich schmeckte wie ein Feldschlösschen oder ein Haldengut. Wer nicht parierte, dem drohte ein Lieferstopp. Weniger als 60 Brauereien existierten nach 1940 in der Schweiz noch, wobei der Bestand zeitweise unter 32 fiel. Selbst in einer Volksabstimmung verteidigten die Bierbrauer im Jahre 1958 ihr Kartell mit Erfolg.

Ein Basler Rebell

Es war der Basler Hans Jakob Nidecker, der sich in den 1970er Jahren über den unhaltbaren Zustand ärgerte. Das Kartell zwang seine «Fischerstube», eine Quartierbeiz im tiefen Kleinbasel, An-

ker-Bier aus Frenkendorf statt Warteck aus der Nachbarschaft auszuschenken. Man liess partout nicht mit sich reden. Kurzerhand beschloss Nidecker, sein eigenes Kleinbasler Bier zu brauen. Am 13. November 1974 wurde das erste naturtrübe Ueli-Bier gezapft. Die Branche spottete, die Fasnacht nahm das Sujet der reformierten Pfarrerssohns, der zum Bierbrauer wurde, dankbar auf. Die Gäste kamen in Scharen. Immer stärker geriet das Bierkartell in den Folgejahren unter Druck, als der Denker-Gründer Karl Schweri die Schweizer Brauer unter politischen und juristischen Dauerbeschuss nahm. Mit Inse-
ratekampagnen wurde die Zermürbung der Bierbarone öffentlichkeitswirksam vorangetrieben. Als «narkotisierende

Fiktion», die den Unternehmergeist und die Flexibilität ersticke, bezeichnete die NZZ das Kartell, kurz bevor dieses 1991 tief zerstritten endgültig zusammenbrach.

Rasant stieg die Zahl der Brauereien danach an. Die jungen Startups der Brauzene knüpften dabei an die gewerbliche Tradition des 19. Jahrhunderts an, als viele mittelgrosse Ortschaften über eigene, lokal verankerte Brauereien verfügten. Die Sortenvielfalt explodierte im Gleichakt mit der wachsenden Experimentierfreude eingeschworener Liebhaber. Obwohl dieser Trend bis heute anhält, blieb der Bierkonsum in der Schweiz über alle Jahre praktisch konstant bei rund 4,5 Millionen Hektolitern pro Jahr. Auch die Menge des Inlandsausstosses ist trotz der Liberalisierung nicht in die Höhe geschossen – im Gegenteil: Heute wird in der Schweiz trotz Boom der Brauereien weniger Bier produziert, als dies zur Blütezeit des Kartells der Fall war. Stark zugenommen hat dagegen die Menge importierter Produkte – von knapp 125 000 auf 1,1 Millionen Hektoliter zwischen 1970 und 2016.

Pils mit Emmentaler

Die Zahlen zeigen, wie stark die einheimischen Bierbrauer inzwischen wettbewerbsmäßig ausgerichtet sein müssen. Das erklärt ihr Interesse, ein Pils als klassisches Pils verkaufen zu können und nicht auf unpopuläre Marketing-Bezeichnungen ausweichen zu müssen. Schon vor drei Jahren wandte sich Gmür in dieser Sache an den Bundesrat, bis jetzt folgenlos. Solche Vorschriften «entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen der heutigen Konsumenten und verhindern Innovationen im Bierbereich», argumentiert der Bierbrauer. Das 1973 vom Bier-Ödland Schweiz mit der Tschechoslowakei abgeschlossene Abkommen störte zu Kartellzeiten niemanden – zumal sich die Gegenseite ebenfalls vertraglich verpflichtete: Bis zum EU-Beitritt im Jahr 2004 war in ganz Tschechien nirgendwo ausserhalb der Schweiz produzierter Käse der Sorte Emmentaler zu finden.

Die Landwirtschaft wappnet sich gegen den Klimawandel

Erst die Schafskälte im April, dann die Bruthitze im Juni – daran sollten sich die Bauern gewöhnen

DÉSIRÉE FÖRY

Der mehrere Tage anhaltende Frost im April bewirkte einen grossen Ausfall der Obsternte. Bei den Kirschen beispielsweise erwarten die Bauern nur einen Viertel der regulären Ernte. Der Schaden wird in der gesamten Landwirtschaft auf 100 Millionen Franken geschätzt.

Und nun – nur zwei Monate später – die extreme Sommerhitze, die dieses Jahr rund 14 Tage früher kam als üblich. Sie unterwarf Pflanzen, Tiere und Bauern einem Stresstest. Für Letztere bedeuten die hohen Temperaturen einen wesentlich grösseren Arbeitsaufwand und eine intensivere Bewässerung als in normalen Jahren. Im Schweizer Gemüsegarten im Berner Seeland beispielsweise müssen die Ackerbauern nicht nur wie um diese Jahreszeit üblich das Gemüse bewässern, sondern auch die Kartoffeln. Diese sind derzeit besonders empfindlich. Das schlägt sich auch finanziell nieder – der Diesel für die Wasserpumpen will schliesslich bezahlt werden.

Solche Wetterkapriolen werden in Zukunft keine Ausnahmen bleiben. Wissenschaftler prognostizieren eine Zu-

nahme von Extremereignissen wie Starkniederschlägen und Hitzeperioden in den kommenden Jahrzehnten. Ausserdem verschiebt sich der Jahresverlauf der Temperaturen: Erwartet werden heissere Sommer und mildere Winter. Bereits heute ist das Klima – neben der Topografie – der wichtigste limitierende Faktor für den Anbau und den Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion.

Klimaanlage im Stall

Die Viehwirtschaft hat gelernt, damit umzugehen: Mit Klimaanlagen in den Ställen und konservierten Futtermitteln ist sie weitgehend unabhängig vom Wetter geworden. Weidehaltung gewann in den letzten Jahren jedoch wieder zunehmend an Bedeutung – aus wirtschaftlichen Überlegungen und zum Wohl der Tiere. Mit der zunehmenden Hitze steigt der Wasserbedarf des Viehs draussen. Ausserdem muss es mit Schattenplätzen vor der intensiven Sonneneinstrahlung geschützt werden. Schadorganismen, die man bisher in der Schweiz nicht kannte, breiten sich aus und werden zur potenziellen Gefahr für Pflanzen und

Nutztiere. In seinem Bericht rät das beratende Organ für Fragen der Klimaänderung des Bundes, die Zuchtziele der in der Schweiz verbreiteten Rassen anzupassen. Bereits jetzt gebe es Tier-rassen, die mit heisseren und trockeneren Bedingungen besser zurechtkämen, da sie weniger Flüssigkeit benötigten.

Auch die Milchwirtschaft steht vor neuen Herausforderungen. Die Futtermittel für die Milchkuhe verdorren aufgrund der Hitze. Berechnungen der Forschungsanstalt Agroscope haben ergeben, dass im Sommer 2015 wegen der Dürre 20 bis 40 Prozent weniger Gras geerntet werden konnten. Die Verluste könnten aber nicht nur durch Zukauf und Import von Futtermitteln ausgeglichen werden, schreibt die Forschungsanstalt. Optimierungspotenzial gebe es auch bei der Grasverwertung im Frühling oder durch Vergrösserung der Grasfläche pro Kuh. Mit 30 Aren pro Tier – einem halben Fussballfeld – könne eine Herde im Sommer drei bis vier Monate ausschliesslich mit Weidegras ernährt werden. Damit liessen sich fünf bis zehn Rappen pro Liter Milch einsparen. Weitere Möglichkeiten seien auf regionaler

Ebene etwa die Vernetzung von Betrieben zu Interessengruppen oder Futter-Tauschbörsen, schreibt Agroscope.

Die sonnige Kehrseite

Nicht nur die langfristigen Klimamuster verschieben sich, auch kurzfristige Witterungsereignisse werden gemäss der Prognosen häufiger. Von den Landwirten werden Dürre, Hagel oder Starkniederschläge besonders gefürchtet und können, wie man dieses Jahr sehen konnte, grosse Teile der Ernten kosten. Zwar gibt es Hagelversicherungen, doch es fehlen Angebote, die Ertragsausfälle infolge extremer Witterung abdecken würden. FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois will das mit einem Postulat ändern. Elementarschäden hätten in den letzten Jahren immer grössere Ausmasse angenommen, begründet Bourgeois seinen Vorstoss. Der Direktor des Schweizer Bauernverbands verweist dabei auf Modelle aus Frankreich, Spanien oder Österreich, wo es bereits heute Ernteversicherungen gibt, um die mit Naturgefahren verbundenen Verluste abzufedern.

Der Klimawandel hat aber auch positive Effekte, vor allem auf den Ackerbau. Die mediterrane Zone soll sich bis 2050 von Südfrankreich Richtung Norden ausdehnen. Bereits heute dreschen die Bauern ihren Weizen einen Monat früher als noch vor 30 Jahren. Durch die steigenden Temperaturen setzt die Blüte in der Vegetation durchschnittlich um 21 Tage früher und der Blattfall um 3 Tage später ein. Laut Prognosen wird die Vegetationsperiode in Zukunft je nach Region um sieben bis zehn Tage pro Jahrzehnt länger dauern. Das hat zur Folge, dass die Bauern die Wiesen mehrere Male mähen können. Zudem sinken durch die steigenden Temperaturen die Zahl der Frosttage und das Risiko von Frostschäden.

Der Bund hat die Brisanz erkannt. In einem Bericht über die erwarteten Auswirkungen der Klimaänderung auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in der Schweiz kommen das Bundesamt für Landwirtschaft und das Innendepartement zum Schluss: Landwirtschaft, wie wir sie heute kennen, ist 2050 nicht mehr möglich – ausser sie passt sich an die sich ändernden Rahmenbedingungen an.